

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

31.10.2009 /19.20-19.50 Uhr
01.11.2009 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Jung geht, zu Guttenberg kommt – Neuanfang bei der Bundeswehr?
- Eskalation oder Ausstieg am Hindukusch? Obamas schwierige Entscheidung
- 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Soldaten aus den neuen Ländern, Rückgrat der Bundeswehr?
- Quadratur des Kreises? Wie die Bundeswehr versucht, Familie und Dienst zu vereinbaren

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

In dieser Woche hat Karl-Theodor zu Guttenberg das Amt des Verteidigungsministers übernommen. Bei vielen Bundeswehr-Soldaten ist die Erleichterung groß. Denn an der Amtsführung von Franz Josef Jung gab es immer wieder viel Kritik. Unter dem Hessen hat sich die Bundeswehr nicht wesentlich weiter entwickelt. Die Streitkräfte wurden vor allem verwaltet. Außerdem ist die Kluft zwischen Bundeswehr und Gesellschaft größer geworden – nicht zuletzt, weil es dem Ministerium nicht gelungen ist, die Rolle der Bundeswehr in Afghanistan zu vermitteln. Unter zu Guttenberg soll nun vieles anders werden – so die Erwartung. Der gelernte Außenpolitiker gilt als kommunikativ, weltoffen und als jemand, der neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen ist und manchmal auch gegen den Strich bürstet.

Der neue Verteidigungsminister hat aber Vorgaben mitbekommen, die im Koalitionsvertrag stehen. Offiziell haben sich Unionsparteien und FDP auf die Beibehaltung der Wehrpflicht verständigt - obwohl die Liberalen, diese Wehrform

für längst überholt halten. Die Freien Demokraten konnten aber durchsetzen, dass die Dienstzeit von heute neun auf künftig sechs Monate reduziert wird. Diese Verkürzung ist ein weiterer Sargnagel für die Wehrpflicht. Denn militärisch macht ein sechsmonatiger Dienst, in dem dann auch noch der Urlaub enthalten ist, wirklich keinen Sinn mehr. Das räumen inzwischen auch glühende Verfechter der Wehrpflicht ein. Die *allgemeine* Wehrpflicht ist schon jetzt nur eine Fassade. Denn mit rund 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten ist die Bundeswehr praktisch schon längst eine Freiwilligen-Armee. Für Kritiker ist ein sechsmonatiger Dienst nicht mehr als ein Militärpraktikum oder Schnupperkurs, der lediglich das Ziel hat, Wehrpflichtige zu bewegen, sich als Freiwillige weiterzuverpflichten. Denn die Bundeswehr braucht jedes Jahr 20.000 neue längerdienende Soldaten.

Mit Sicherheitsvorsorge hat der vereinbarte Kurz-Wehrdienst wenig zu tun. Nach der militärischen Ausbildung stehen die Wehrpflichtigen der Bundeswehr de facto nicht mehr zu Verfügung – weil mit ihrem Abschluss praktisch auch die Dienstzeit zu Ende geht. Wirtschaftlich sinnvoll ist eine solche Wehrpflicht nicht, rechnen Kritiker vor. Denn es wird viel militärisches Ausbildungspersonal gebunden. Außerdem müssen weiterhin die personalintensiven Musterungsbehörden aufrechterhalten werden. Die Wehrpflicht in erster Linie zur Nachwuchsgewinnung – eine wenig überzeugende Begründung für einen Zwangsdienst. Der Koalitionsvertrag sieht vor, eine Kommission einzusetzen, um die Organisationsstruktur der Bundeswehr zu überprüfen. Nicht ausgeschlossen, dass sich das Gremium auch mit der Wehrform befassen wird.

Auf Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg warten also zahlreiche Probleme. Hierzu gehören auch Rüstungsprojekte wie das Transportflugzeug A400M. Und dann ist da der Einsatz in Afghanistan. Das Verteidigungsministerium musste sich wegen seiner restriktiven Informationspolitik immer wieder Kritik gefallen lassen.

Ob es hier eine Kehrtwende gibt, könnte sich am Umgang mit dem jetzt vorliegenden NATO-Untersuchungsbericht über den verheerenden Luftangriff auf zwei gekaperte Tanklaster zeigen. Bei dem Luftschlag am 4. September waren

Dutzende von Menschen getötet worden – nach Angaben der afghanischen Regierung auch 30 Zivilisten. Generalinspekteur Schneiderhan sieht die Bundeswehr durch den als geheim eingestuften NATO-Report allerdings entlastet. Zugleich räumt er jedoch ein:

O-Ton Schneiderhan

„Ohne jetzt an dieser Stelle zu sehr ins Detail gehen zu können, stelle ich fest, dass in dem Untersuchungsbericht eine ganze Reihe von Empfehlungen enthalten sind, die darauf abzielen, die hier angewandten Verfahren und Vorschriften zu verbessern.“

Das lässt darauf schließen, dass Vorschriften nicht beachtet worden sind. So heißt es in den ISAF-Einsatzregeln, dass Luftnahunterstützung nur dann angefordert werden darf, wenn eigene Kräfte Feindberührung haben bzw. unmittelbar bedroht sind. Die Öffentlichkeit hat daher noch zahlreiche Fragen. Doch Fragen wollte der Generalinspekteur nach seiner Erklärung zum NATO-Bericht nicht zulassen. So bekam die Presse lediglich Schneiderhans persönliche Deutung der Geschehnisse zu hören.

In Sachen Transparenz ist daher jetzt der neue Verteidigungsminister gefordert. Bei der Verabschiedung seines Vorgängers hat Karl-Theodor zu Guttenberg mit Blick auf Afghanistan schließlich angekündigt, vieles verständlicher zu machen:

O-Ton zu Guttenberg

„Uns Politiker verpflichtet dies, den Einsatz noch stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken – mit seinen Herausforderungen, mit seinen Möglichkeiten. Wir dürfen nicht nachlassen, zu erklären. Da wurde Immenses geleistet. Und wir müssen bisweilen auch unbequem sein.“

Für den NATO-Luftangriff bei Kundus gibt es noch erheblichen Erklärungsbedarf. Mehr Informationen benötigt auch die Generalstaatsanwaltschaft Dresden, die sich von Amtswegen mit dem Vorfall befasst.

Die weiteren Themen in Streitkräfte und Strategien:

- Eskalation oder Ausstieg am Hindukusch? Obamas schwierige Entscheidung.

- 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Soldaten aus den neuen Ländern, Rückgrat der Bundeswehr? Und:
- Quadratur des Kreises? Wie die Bundeswehr versucht, Familie und Dienst zu vereinbaren.

Am Hindukusch eskaliert die Gewalt. Die Aufständischen gewinnen an Einfluss – in Afghanistan, aber auch in Pakistan. Dabei hatte US-Präsident Obama doch vor sieben Monaten seine Afghanistan-Strategie verkündet, mit der die Region stabilisiert werden soll. Doch dieser kurz „AfPak“ genannte Ansatz greift nicht. Deswegen versucht die US-Regierung, nachzusteuern. Keine leichte Aufgabe. Einzelheiten von Thomas Horlohe:

Manuskript Thomas Horlohe

Barack Obama benötigt eine neue, eine verbesserte Version seiner Afghanistan-Pakistan-Strategie, „AfPak 2.0“ sozusagen. Hierfür nimmt sich der Präsident Zeit. Seit Mitte Oktober hat er sein Sicherheitskabinett zu einer ganzen Serie intensiver Sitzungen zusammengerufen. Wann Obama seine Entscheidung treffen wird, darauf legen sich seine Sprecher nicht fest. Es werde wohl noch einige Wochen dauern.

Spätestens mit der Verkündung der AfPak-Strategie im März hat Obama den Konflikt am Hindukusch zu „seinem“ Krieg gemacht. Nun hat ausgerechnet die verbündete Karsai-Regierung ihm eine erste Niederlage beigebracht - an den Wahlurnen, nicht auf dem Gefechtsfeld. Ein überaus bemerkenswerter und zutiefst beunruhigender Vorgang. Denn er untergräbt das Vertrauen der US-Bevölkerung in ihren Präsidenten. Im April, also unmittelbar nach Bekanntgabe seiner neuen Strategie, hatte die Zustimmungsrate zu Obamas Afghanistan-Politik noch 63 Prozent betragen. Laut einer Umfrage der WASHINGTON POST und des Fernsehsenders ABC von Mitte Oktober ist sie inzwischen auf 45 Prozent abgesunken. Mittlerweile stehen 47 Prozent der Befragten der Afghanistan-Politik skeptisch gegenüber.

Obamas politische Gegner wittern ihre Chance und erhöhen den Druck. Richard Cheney, Ex-Verteidigungsminister, vor kurzem noch mächtiger Vizeprä-

sident, geistiger Vater des Irak-Krieges und selbst ernannte Gallionsfigur der republikanischen Rechten kritisiert die lange Bedenkzeit, die sich Obama genommen hat:

O-Ton Cheney (overvoice)

„Nachdem der Präsident im März seine Afghanistan-Strategie angekündigt hat, scheint er nun vor den notwendigen Entscheidungen zurückzuschrecken und unfähig zu sein, seinem Kommandeur die Truppen zu geben, die er benötigt, um seinen Auftrag auszuführen. (...) Das Weiße Haus muss aufhören zu zaudern, während die Streitkräfte Amerikas sich in Gefahr befinden.“

Auch dieses Vorgehen ist ungewöhnlich: Der Vizepräsident einer wegen ihrer Kriegspolitik gerade abgewählten Regierung geht den amtierenden Präsidenten polemisch und deutlich unter der Gürtellinie an und wirft dem Oberbefehlshaber mangelnde Unterstützung der eigenen Truppen vor. Die Cheney-Kritik erinnert an die US-amerikanische Spielart der „Dolchstoß-Legende“, die seit dem Vietnam-Krieg unterschwellig das Verhältnis zwischen Militärs und Regierung belastet. Ihr Tenor: Zivilisten haben den Befehlshabern im Feld die Truppen verweigert, die sie für den Sieg benötigt hätten.

Robert Gates, Verteidigungsminister unter George Bush und auf Bitten Obamas weiter im Amt, hält betont sachlich dagegen:

O-Ton Gates (overvoice)

„Man sollte sich daran erinnern, dass die Debatte innerhalb der Bush-Regierung über die Truppenaufstockung im Irak drei Monate dauerte, von Oktober bis Dezember 2006. (...) In Wirklichkeit ist es doch so, dass selbst wenn der Präsident entscheiden würde, zusätzliche Kampftruppen nach Afghanistan zu schicken, die ersten Soldaten dort nicht vor Januar eintreffen könnten.“

Zwei Alternativen liegen Obama zur Auswahl vor: Der erste Vorschlag stammt von General McChrystal. In seinem am 30. August abgelieferten 60-seitigen Zustandsbericht zeichnet der ISAF-Befehlshaber ein düsteres, kritisches, ja dramatisches Bild der Lage in Afghanistan. McChrystal will das Konzept der Aufstandsbekämpfung, die sogenannte Counterinsurgency- bzw. COIN-Doktrin konsequent anwenden und den Schutz der afghanischen Bevölkerung in den Mittelpunkt seiner Anstrengungen stellen. Ihr Vertrauen müsse gewonnen werden, um das Blatt zu wenden. Die Bekämpfung von Taliban- und Al Qaida-

Kämpfern ist für den US-General zweitrangig. Die Aufstandsbekämpfung in Afghanistan erfordere zwischen 40.000 und 80.000 US-Soldaten zusätzlich.

Der zweite Vorschlag kommt von Vizepräsident Joe Biden. Der ehemalige Senator hält in der Demokratischen Partei eine Truppenaufstockung für politisch kaum durchsetzbar. Vor allem aber schreckt ihn die Aussicht, auf unabsehbare Zeit weiterhin hohe Verluste für ein korruptes Regime in Kabul in Kauf nehmen zu müssen. Biden will eine Beschränkung auf den Antiterrorkampf gegen Al Qaida und ihre verbündeten Taliban. Geführt werden soll dieser Kampf vorzugsweise mit Spezialeinheiten und unbemannten Flugkörpern.

Obama sieht sich vor die Wahl gestellt zwischen Aufstandsbekämpfung – Counterinsurgency – und Antiterrorkampf – Counterterrorism. Pikanterweise werden damit erneut zwei gegensätzliche Positionen artikuliert, die bereits in den Vorüberlegungen zur Afghanistan-Pakistan-Strategie AfPak vom März eine Rolle spielten. In der Endfassung wurden sie dann stillschweigend miteinander vermengt. Die neue Strategie, also „AfPak 2.0“, wird diesen Fehler ausbügeln müssen.

Beide Alternativen dürften Obama nicht überzeugt haben. McChrystals Strategie erfordert viele zusätzliche Truppen, einen langen Atem, die Bereitschaft, hohe Verluste in Kauf zu nehmen und bietet dennoch keine verlässliche Ausstiegsperspektive. Vor allem aber berücksichtigt McChrystals Ende August abgeschlossener Bericht noch nicht die Folgen der manipulierten Präsidentschaftswahl vom 20. August. Die zentrale Frage einer Strategie der Aufstandsbekämpfung für Afghanistan wird von McChrystal gar nicht gestellt: Wie soll das ungeliebte westliche Militär die afghanische Bevölkerung gegen die Taliban und gegen die Regierung in Kabul schützen? Denn zunehmend erweist sich die korrupte Regierung Karsai als wichtigster Rekrutierungshelfer für die Taliban.

Hinzu kommt, dass McChrystal nur einen Teil des Gesamtproblems angehen kann. Denn er ist nur für Afghanistan zuständig - nicht aber für Pakistan. Auf der anderen Seite der Grenze führt die pakistanische Armee einen konventio-

nellen Feldzug gegen unkonventionell kämpfende Taliban. Der zivile Wiederaufbau in den von Taliban geräumten Distrikten bleibt im Ansatz stecken. Vom Schutz der Bevölkerung als Operationsziel ist man dort weit entfernt. Die pakistanischen Taliban haben in einer beispiellosen Anschlagsserie, unter anderem gegen das Armeehauptquartier in Rawalpindi, unter Beweis gestellt, dass sie schnell, flexibel und grausam zielgenau eskalieren können.

Andererseits wirken auch die Vorstellungen von Vizepräsident Biden unausgereift. Terroristenjagd mit Fernbedienung? Wenn es möglich sein soll, den Antiterrorfeldzug mit einer klugen Kombination von Satellitenaufklärung, Drohnen und Spezialtruppen erfolgreich zu führen - warum ist das dann nicht schon längst geschehen?

Präsident Obama weiß, dass „AfPak 2.0“ kein Misserfolg werden darf. Es steht viel auf dem Spiel. Einen dritten Versuch hat er nicht. Die Vorschläge, die ihm bislang vorgelegt wurden, werden seinen Anforderungen nicht gerecht. Deshalb hat er seine Berater zurück an die Arbeit geschickt, um mit besseren Optionen wieder zu kommen. Es sei an der Zeit, belehrte Obama unlängst einige Kongressabgeordnete, das Scheinargument beiseite zu schieben, es gehe darum, entweder die Truppen zu verdoppeln oder abzuziehen. Klar ist, die neue Afghanistan-Pakistan-Strategie darf keine Blaupause für einen Abnutzungskrieg sein, für welches hehre Ziel auch immer. Aber auch alles was nach Rückzug aussieht, sollte vermieden werden. Die amerikanische Öffentlichkeit liebt Sieger. Verlierern verzeiht sie nicht.

Doch über „AfPak 2.0“ wird nicht am Hindukusch entschieden, sondern an der Heimatfront. Dort, in den Talkshows des US-Fernsehens und in den Kommentarspalten der großen Tageszeitungen, wird in diesen Tagen immer häufiger eine historische Analogie bemüht, die es in sich hat: Vietnam.

„Lessons in Disaster“, heißt der Titel eines Sachbuches. Frei übersetzt: „Was man aus einer Katastrophe lernen kann.“ Dieses Buch wird mittlerweile dem Präsidenten und seinen Beratern als Lektüre empfohlen. Sein Autor, Gordon M. Goldstein, erklärt warum:

O-Ton Goldstein (overvoice)

„Die Parallelen zwischen Vietnam und Afghanistan sind wirklich verblüffend und wahrhaft besorgniserregend. [...] Sowohl in Vietnam wie in Afghanistan haben wir ein großes Nachbarland, das eine Aufstandsbewegung unterstützt und stärkt. In beiden Ländern sehen wir eine korrupte oder unfähige Stellvertreterregierung an der Macht. In beiden Fällen kämpfen wir keinen konventionellen Krieg. Wir kämpfen gegen eine Aufstandsbewegung, führen eine Form des militärischen Konflikts, die wir weit weniger gut beherrschen als alle anderen. Und in beiden Situationen sehen wir uns daheim und international schwindender öffentlicher Unterstützung für einen Konflikt gegenüber, für den offenbar kein identifizierbarer Endpunkt in Sicht ist. Wir stehen wirklich vor einem äußerst schwierigen Problem.“

Vietnam hat Präsident Johnson zur Verzweiflung getrieben und die Nation traumatisiert. So weit will es Obama nicht kommen lassen. Das zurückgewonnene Ansehen der USA in der Welt wird Präsident Obama kaum für ein fragwürdiges Engagement am Hindukusch aufs Spiel setzen wollen.

* * *

Flocken:

Am 9. November jährt sich der Fall der Mauer zum 20. Mal. Nach der Deutschen Einheit wurde die Nationale Volksarmee abgewickelt. Nur wenige NVA-Soldaten wurden in die Bundeswehr übernommen. Seitdem hat sich vieles geändert. Inzwischen kommen überproportional viele Soldaten der Bundeswehr aus den neuen Bundesländern. Das gilt insbesondere für Auslandseinsätze. Daniel Kaiser und Joachim Samse haben nachgefragt, warum das so ist:

Manuskript Daniel Kaiser

Michael Köhn ist 24. Ohne Bundeswehr stünde der Neubrandenburger jetzt wahrscheinlich auf der Straße:

O-Ton Köhn

„Ich war vor der Bundeswehr in der Lehre als Einzelhandelskaufmann in Friedland hier in Mecklenburg-Vorpommern, nach der Ausbildung arbeitssuchend und danach dann direkt zur Bundeswehr gekommen.“

Eine typische Soldatenkarriere Ost. Köhn hat sich jetzt für acht Jahre verpflichtet:

O-Ton Köhn

„Bei diesen acht Jahren war für mich einer der Hauptgründe der Verdienst in der Sache, dann natürlich die Berufsförderung – diese drei Jahre, also anderthalb Jahre während meiner Dienstzeit, und anderthalb Jahre nach meiner Dienstzeit. Was mich dabei natürlich sehr gereizt hat, dass ich noch mal eine Umschulung machen kann, und mich so noch mal weiterbilden kann in eine anderer Richtung, die mir vielleicht mehr liegt.“

Der Arbeitsmarkt liegt in vielen Regionen im Osten am Boden. Die Bundeswehr ist da oft der letzte Not-Eingang in die Arbeitswelt, erklärt Peter Hettlich von den Grünen.

O-Ton Hettlich

„Dort sehen wir ganz deutlich, dass gerade bei den Mannschaftsdienstgraden dieser finanzielle Anreiz mit Auslandszulagen etc. pp für die Leute doch ein wichtiger Grund ist, um zu entscheiden: Ich gehe jetzt zur Bundeswehr - vor allem mit der Option, ins Ausland zu gehen.“

Hettlich saß im Bundestag. Und seine ‚Kleinen Anfragen‘ ans Verteidigungsministerium brachten es ans Licht: Rund 35 Prozent der Soldaten kommen aus dem Osten, während der Anteil der Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung gerade mal 20 Prozent beträgt. Die Armee rettet Ostdeutsche vor der Arbeitslosigkeit - wie die Schwarzen in Amerika:

O-Ton Hettlich

„Es ist aus meiner Sicht eine ganz klare soziale Frage, die dazu führt – wie auch in den USA – dass eben Leute zur Armee gehen.“

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe, sieht das ganz pragmatisch. Woher die Bundeswehrsoldaten kommen und aus welchen Gründen, ist zweitrangig:

O-Ton Robbe

„Wir haben dort keine Länderquoten. So läuft es nicht, sondern es läuft nach den Bedingungen des freien Marktes. Wenn das Angebot aus den Neuen Bundesländern höher ist, dann ist das so. Das kann man beklagen: Wieso so viele Sachsen in der Bundeswehr? Wenn man das verändern will, dann muss man für die Länder entsprechende Quoten vorgeben, was aber glaube ich, niemand ernsthaft überlegt.“

Im Gegenteil: Die Ostdeutschen sind willkommen. Daran ließ noch im Juli der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung keinen Zweifel:

O-Ton Jung

„Wenn sich entsprechende Soldaten hier aus den neuen Bundesländern zusätzlich hier bei uns bewerben und das als attraktiv ansehen, dann, finde ich, ist das ein ordentlicher Punkt.“

Soldat aus sozialen Gründen - weil gerade kein anderer Job da ist. Das kann nicht gut gehen, meint Michael Wolffsohn, Professor an der Universität der Bundeswehr in München. Die Bundeswehr entwickelt sich - seiner Meinung nach - so zu einer Unterschichten-Armee:

O-Ton Wolffsohn

„Die Mittelschicht ist weg. Und das heißt, dass der Bundeswehr strukturell und langfristig diese eher Bildungsbürgerlichen, ihr Engagement auch theoretisch reflektierend - nachdenkend und beschreibend - immer seltener in die Bundeswehr kommen. Und das bringt auch den neuen Typus eines Soldaten, der nicht viel nachdenkt, aber gerne die Knarre in die Hand nimmt, um es mal ganz pointiert zu sagen.“

Von ostdeutschen Rambos will der Grüne Peter Hettlich zwar nicht sprechen. Aber auch er nimmt ein neues Selbstverständnis der Soldaten wahr:

O-Ton Hettlich

„In Ostdeutschland ist die Uniform ein Statussymbol – das muss man klar so sagen. Man sieht auch, wie die Soldaten stolz am Wochenende mit ihren Kampf- und Tarnanzügen nach Hause fahren. Da scheinen die recht stolz drauf zu sein.“

„Die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft.“ „Staatsbürger in Uniform.“ Sind das Schlagworte von gestern? Steht die Bundeswehr vor einem existenziellen Wandel? Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe kann das nicht erkennen. Im Einsatz könne man schon jetzt die Soldaten nur durch ihre Dialekte unterscheiden: In der Uniform sind alle gleich:

O-Ton Robbe

„Die Einstellungskriterien für Ost- und Westdeutsche sind gleich. Es werden hier nicht unterschiedliche Maßstäbe angelegt. Der Computertest für einen jun-

gen Mann aus Sachsen ist genauso wie für den jungen Mann aus Bayern oder aus Schleswig-Holstein.“

Doch besonders deutlich wird die Ost-Dominanz bei Auslandseinsätzen. Der Anteil der ostdeutschen Soldaten liegt dort bei fast 50 Prozent. Bei den einfachen Soldaten – den Mannschaftsdienstgraden – sogar bei mehr als 60 Prozent. Die linke Zeitung JUNGE WELT spricht von „Ossis als Kanonenfutter“. Das macht den sonst so ruhigen Wehrbeauftragten Robbe von der SPD richtig wütend:

O-Ton Robbe

„Nein, das ist Unfug! Wenn man daraus derartige Rückschlüsse zieht – Stichwort Kanonenfutter oder sonstige Unsinnigkeiten. In diesen Fällen muss man unterstellen, dass die Verfasser dieser böartigen Dinge nur eines im Kopf haben – nämlich: negative Schlagzeilen zu erzeugen gegen die Bundeswehr.“

Doch die Wahrscheinlichkeit, dass bei einem tödlichen Anschlag am Hindukusch Ostdeutsche ums Leben kommen, ist hoch, sagt Peter Hettlich von den Grünen:

O-Ton Hettlich

„Es zeigt ja ganz deutlich, dass zunehmend diese sehr harten und sehr schweren Aufgaben auf dem Rücken vor allen Dingen von eher den Leuten mit sozial schwächerer Herkunft ausgetragen wird. Und das ist natürlich ein Problem.“

Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe sieht in dem „Übergewicht Ost“ in Afghanistan dagegen nur eine statistische Momentaufnahme:

O-Ton Robbe

„Nach meiner Auffassung wird sich das relativieren und wir werden in einigen Jahren sehen, dass es hier eine vollkommene Vermischung geben wird.“

Für Michael Wolffsohn ist der Trend dagegen klar. Und beängstigend. Seiner Meinung nach stehen Struktur und Ansehen der Bundeswehr auf dem Spiel:

O-Ton Wolffsohn

„Wenn es nämlich dann tatsächlich dazu kommt, dass die Unterschichten als Kanonenfutter auch betrachtet werden und es faktisch werden, das ist eine ganz ungesunde Entwicklung für die gesamte Gesellschaft. Wir müssen darauf achten, dass die Unterschichten Aufstiegsmöglichkeiten bekommen, und nicht

praktisch abgeschoben werden in Berufe, die ansonsten keiner machen will. Also im zivilen Bild gesprochen: Auf der einen Seite Müllabfuhr – und auf der anderen Seite Bundeswehr. Das darf nicht sein.“

Peter Hettlich war bislang bei den Grünen für den Aufbau Ost zuständig. Er sieht hier vor allem Handlungsbedarf:

O-Ton Hettlich

„Die Bundeswehr scheint offensichtlich das zu akzeptieren, dass man eben da aus dieser sozialen Not etwas macht. Und das kann man nur ändern, indem man die Grundlagen in Ostdeutschland verändert. Da haben wir 20 Jahre gepennt. Vor allem die Länder haben dort richtig versagt. Wenn wir es nicht schaffen, jeden mitzunehmen, jeden jungen Mann, ihm eine vernünftige Schul- und Ausbildung zu geben, dann werden wir immer dieses Problem haben.“

Der Universitätsprofessor Michael Wolffsohn glaubt dagegen, dass die Deutschen vor allem ein Problem mit ihrer Armee haben:

O-Ton Wolffsohn

„Wenn sich die Intelligenz für zu intelligent hält und für zu gut hält, um in die Bundeswehr zu gehen, und in irgend einer Weise sich für die Freiheit einzusetzen, dann wird die Bundeswehr immer mehr eine Unterschichtenarmee und auch eine Analphabetenarmee. Das ist eine ganz ungesunde Entwicklung. Und deshalb müssen wir fragen: Was ist uns unser Gemeinwesen wert? Wollen wir die Bekämpfung des internationalen Terrorismus uns nur abkaufen lassen und dann „Kanonenfutter“ verwenden oder wollen wir uns das als Gemeinschaftsaufgabe formulieren? Das sind gesellschaftliche Fragen. Die Bundeswehr kann das nicht leisten, sondern die Gesellschaft muss das leisten! Die Politik! Die Medien!“

* * *

Flocken:

Ein Bericht von Daniel Kaiser und Joachim Samse.

Häufige Versetzungen, Auslandseinsätze, Pendeln zwischen Wohnort und Standort. Für viele Familien ist der Soldatenberuf eine Belastung. Die Bundeswehr wird dadurch für viele Bewerber unattraktiv. Seit Jahren versucht man dies zu ändern. Eines der Ziele ist, die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Doch Verbesserungen gibt es bestenfalls im Schnecken-tempo. Brigitte Lehnhoff:

Manuskript Brigitte Lehnhoff

Anne Malucha ist Oberleutnant zur See und nach der Geburt ihrer zweiten Tochter noch in der Elternzeit. Danach will die junge Mutter zurück in ihren Beruf. Nur wie das gehen soll, weiß sie heute noch nicht. Denn ihr Mann ist ebenfalls Soldat und wird wieder im Auslandseinsatz sein, wenn Anne Maluchas Elternzeit im Juni 2010 endet:

O-Ton Malucha

„Ich möchte ab Juli wieder arbeiten und brauch aber erstmal noch 'ne Ausbildung. Und weiß aber nicht, wie ich auf Lehrgänge gehen soll und meine Kinder gleichzeitig betreut werden sollen, wenn mein Mann im Einsatz ist und nicht zu Hause ist. Ich bin allein, habe keine Familie hier am Standort, ja, und wie das organisiert werden soll, kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen.“

Die Soldatin engagiert sich mit anderen Betroffenen dafür, dass die Bundeswehr am Standort Kiel ein eigenes Kinderbetreuungsangebot schafft. Kapitän zur See Jörg Besch unterstützt diese Initiative. Nicht nur, weil er als Standortältester qua Amt die Aufgabe hat, sich um die Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu kümmern:

O-Ton Besch

„Wir haben im Alter von null bis drei 54 Anmeldungen und 22 Schwangerschaften, die ins Haus stehen im nächsten Jahr. Der Bedarf ist riesig, er kann wie gesagt nicht gedeckt werden durch die Kommune oder karitative Einrichtungen hier in der Gegend. Und vor allen Dingen möchte ich, dass es uns gelingt, für den Standort etwas zu schaffen, sowohl für Soldaten als auch für zivile Mitarbeiter, in Öffnungszeiten von 6.30 Uhr bis 17.30 Uhr und auch in Zeiten, wo die Soldaten oder zivilen Mitarbeiter nicht am Ort sind, eine Möglichkeit [zu] bekommen, ihre Kinder dort ad hoc, im Notfall, unterbringen zu können.“

Ein geeignetes Haus ist gefunden. Bleibt neben rechtlichen Fragen das Problem der Finanzierung:

O-Ton Besch

„Ich möchte den guten Willen in Anführungsstrichen des Bundesministeriums der Verteidigung nicht überstrapazieren und biete an, dass wir Teile der Restaurierung eines Gebäudes selbst übernehmen. Das ist aber auch etwas, was ich vorantreibe, um einfach Fortschritt zu sehen.“

Auch der Bundeswehrverband kritisiert, dass es zu langsam vorangeht mit dem Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, kontert Oberst Peter Gerhard, im Bundesverteidigungsministerium Leiter des Referats Innere und soziale Lage. Gerhard verweist auf Eltern-Kind-Arbeitszimmer, die für Notfälle gedacht sind und an knapp 40 Standorten erprobt werden. Ebenfalls in der Pilotphase ist ein elektronisches Kinderbetreuungsportal, das an ausgesuchten Standorten über alle Betreuungsangebote am Ort informiert. Dass die Bundeswehr bisher nur eine Kindertagesstätte selbst betreibt und dass es auf Bundeswehrgelände fünf weitere in der Hand freier Träger gibt, begründet Oberst Gerhard so:

O-Ton Gerhard

„Zunächst ist die Aufgabe der Kinderbetreuung eine Aufgabe, die den Ländern und den Kommunen anheim fällt. Und die Bundeswehr wird erst dann und dort tätig, wo man einen bundeswehrspezifischen Bedarf erkennt, der durch diese Maßnahmen der Kommunen nicht abgedeckt werden kann.“

Die Bundeswehr versucht vorrangig, Belegplätze zu kaufen. Das heißt, sie bezahlt kommunale und freie Träger dafür, dass sie Plätze für Kinder von Bundeswehrangehörigen reservieren. Das spart zwar Geld, kann aber kaum mehr bewirken, als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Denn gerade die begehrten Krippenplätze sind ja überall noch Mangelware.

Als weitere Möglichkeit, Familie und Dienst besser miteinander zu vereinbaren, gilt die Teilzeitarbeit. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums hat sich die Zahl teilzeitbeschäftigter Soldaten seit 2005 verdreifacht, von rund 130 auf 400. Der Bundeswehrverband schätzt den tatsächlichen Bedarf zwar höher ein, hält aber gleichzeitig eine deutliche Ausweitung von Teilzeitarbeit für wenig wahrscheinlich. Denn niedrige Besoldungsgruppen könnten sich Teilzeitarbeit nicht leisten und für bestimmte Dienstposten sei sie von vornherein ausgeschlossen. Zudem sehen der Verband wie auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe ein grundsätzliches Problem:

O-Ton Robbe

„Viele Personaltabaus sind zu eng gestrikt. Ich behaupte auch, dass das Personalplanungssystem der Bundeswehr heute nicht mehr geeignet ist, den modernen Anforderungen unserer Gesellschaft gerecht zu werden. In dem Per-

sonalrahmen der Bundeswehr werden oftmals Dinge nicht abgebildet, die aber dazugehören. Zum Beispiel dass viele Stellen mit Frauen besetzt sind und wenn die Frauen Kinder bekommen, diese ganzen Fehlzeiten, die dadurch entstehen, sind nicht berücksichtigt bei diesen Personalplanungen. Und dadurch werden andere Kollegen überbelastet. Und das ist ein Problem.“

Und daran wird sich in absehbarer Zeit auch nichts ändern. Überbrückungsmodelle wie sie etwa aus der freien Wirtschaft bekannt sind, stehen offenbar nicht zur Diskussion. Oberst Peter Gerhard vom Bundesverteidigungsministerium:

O-Ton Gerhard

„Diese Möglichkeit werde ich nicht sehen, dass man sogenannte Springerstellen nun realisiert. Man wird aber sicherlich im Sinne eines, wir sagen dazu Vakanz-Managements, nun Aufgaben so verteilen, dass nicht einer zu sehr belastet wird, sondern dass die Aufgaben, die übrig bleiben, von allen wahrgenommen werden. Es bleibt bei einer Umverteilung.“

Auch im Bereich Telearbeit geht es nur langsam voran. Die Zahl der genehmigten Heimarbeitsplätze ist seit 2005 von rund zehn auf knapp 40 gestiegen. Nicht zu vergleichen mit den zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr, von denen schon 300 zu Hause am Bildschirm arbeiten. Der Unterschied wird damit begründet, dass die Sicherheit bei der Datenübertragung noch nicht gewährleistet sei. Insider dagegen sehen eher ein grundsätzliches Hindernis für familienfreundlichere Strukturen, nämlich die Bremse im Kopf vieler Vorgesetzter. Dass es diese Bremse gibt, bestreitet Referatsleiter Gerhard nicht. Mehr Sensibilisierung erhofft er sich von einem Handbuch, das in wenigen Wochen auf dem Schreibtisch jedes Vorgesetzten liegen soll. Darin werden alle Möglichkeiten für eine familienfreundlichere Dienstgestaltung zusammengefasst sein:

O-Ton Petersen

„Aus meiner Sicht sind es Lippenbekenntnisse.“

Meint jedoch Wolfgang Petersen, Sprecher des Forums Sanitätsoffiziere. In seinem Berufsstand zeigt sich besonders krass, wie groß der Unterschied noch ist zwischen dem Anspruch, familienfreundlich zu sein und der Wirklichkeit.

O-Ton Petersen

„Die Mangelberufe innerhalb des Sanitätsdienstes - dazu gehören Unfallchirurgen, Anästhesisten und noch viele andere Fachgruppen - können eben nicht so ohne weiteres in die Teilzeit gehen, um mehr Zeit für ihre Familie zu haben. Das geht gar nicht, weil es immer weniger Ärzte bei der Bundeswehr gibt.“

Für die besonderen Belastungen durch Auslandseinsätze erhielten Ärzte mittlerweile zwar 600 Euro mehr im Monat:

O-Ton Petersen

„Da ist aber aus meiner Sicht das Pferd von hinten aufgezäumt. Wir brauchen nicht unbedingt mehr Geld. Wir brauchen mehr Familienfreundlichkeit. Und das ist auch das, was viele so frustriert, dass man letztendlich gekauft wird, ohne dass es wirkliche Verbesserungen gibt.“

Familienfreundlichkeit hieße aus Petersens Sicht zuallererst, mehr Personal einzustellen. Auch sollten Einsatzzeiten im Ausland so kurz wie möglich gehalten werden. Als Kompensation für die persönliche und familiäre Belastung sei denkbar, nach französischem Vorbild die Einsatzzeiten auf einem Lebensarbeitszeitkonto doppelt anzurechnen. Um zu hohen Ansprüchen vorzubeugen, argumentiert die Bundeswehrführung immer wieder, der Soldatenberuf sei wegen der besonderen Anforderungen grundsätzlich nicht familienfreundlich. Dienst und Familie - das sei eben nur bedingt miteinander vereinbar. Dem widerspricht Petersen nicht:

O-Ton Petersen

„Es ist eben nicht immer vereinbar. Aber es ist verbesserungsfähig. Und wenn es so weitergeht und die Bundeswehr weiterhin so fahrlässig mit ihrem Personal umgeht, dann wird die Bundeswehr in Zukunft große Schwierigkeiten haben, und das hat sie ja jetzt schon, qualifiziertes Personal zu bekommen.“

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die neue Regierung es eilig hat, den Soldatenberuf attraktiver zu machen, auch durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Bis Ende 2010 soll ein Maßnahmenpaket geschnürt sein.

* * *

Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung finden Sie in der Mediathek und als Podcast unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrophon verabschiedet sich Andreas Flocken.